

Vom Mittel
der Verständigung
zum Kampfplatz

Politischer Sprengstoff Sprache

Marianne Kneuer

Das Ringen um Sprache ist zumeist ein Ringen um Identität – zumal in multiethnischen Gesellschaften. Wenn Minderheiten in einem Staat nach Anerkennung ihrer Sprache streben oder diese fordern, dann geschieht dies einerseits, um der eigenen Identität Ausdruck zu verleihen, und andererseits, um sich gegenüber der dominierenden Kultur – meist der Titularnation – zu behaupten. Es lassen sich somit zwei Funktionen erkennen: Die nach innen, in die eigene Gemeinschaft gerichtete Funktion will das Aufrechterhalten des kulturellen Zusammenhalts, aber auch solche Aspekte wie die Weitergabe der kultureller Traditionen an die jüngeren Generationen garantieren. Die nach außen gerichtete Funktion verfolgt eine Abgrenzung gegen die „andere(n)“ Kultur(en).

Auch wenn sich kulturelle Identität in vielfältigen Formen manifestiert, so bleibt doch die Sprache das wichtigste und wirkmächtigste Vehikel. Trachten oder Traditionen sind zwar auch im Zeitalter der Informationsgesellschaft und Facebook-Generation nicht gänzlich überlebt. Das Streben nach kultureller Autonomie kristallisiert sich aber in der Frage nach dem Gebrauch der Minderheitensprache beziehungsweise der Akzeptanz von Zwei- beziehungsweise Mehrsprachigkeit heraus. Es geht um Zeitungen, Fernseh- oder Radiosender mit der eigenen Sprache, um die sprachliche Bildung in den Schulen und schlichtweg um den Sprachalltag im öffentlichen und privaten Bereich. In dem oft spannungsreichen

Miteinander in multiethnischen Gesellschaften, das als Ausfluss des Ringens um Wiedergewinnung oder Aufrechterhaltung von Identität zu verstehen ist, kann Sprache instrumentalisiert werden zur nationalistischen Aufladung – und zwar sowohl von der Minderheit als auch von der Mehrheit.

Politisierung des Sprachgebrauchs

Sprache wird dann zur Arena entweder für das Ringen der Mehrheitskultur, die Minderheit möglichst zu marginalisieren oder gar zu exkludieren, oder für das Ringen der Minderheit, als gleichberechtigt anerkannt zu werden beziehungsweise ihrerseits die Mehrheitssprache zurückzudrängen. Sprache kann ebenso als Aggressionsinstrument – als Angriff auf die Mehrheit – benutzt werden wie als Repressionsinstrument – zur Unterdrückung der Minderheit. Auf beiden Seiten ist die Politisierung von Sprachgebrauch möglich. Sind Mehrheitskultur und Regierung identisch, dann kommt es darauf an, wie Sprachenpolitik betrieben wird. Jenseits der Bemühungen von Politikern, die Semantik der politischen Sprache zu prägen und damit Unterstützung zu erzeugen, hat die Politik eine Vielzahl von Methoden von Sprachkontrolle entwickelt. Eine dieser Methoden nennt Wolfgang Bergsdorf „Sprachimperialismus“ (*Herrschaft und Sprache*, Seite 39), nämlich das Bestreben, eine Sprache für das gesamte Herrschaftsgebiet verbindlich zu machen und damit Minderheitensprachen zurückzu-

drängen. Andere Formen sind Sprachplanung, Sprachreinigung, Benennungen und Sprachlenkung.

Zwar gibt es in Westeuropa seit Längerem solche kulturellen Konflikte – siehe etwa Belgien, Frankreich und Spanien –, insgesamt aber war man überrascht von der Wucht nationaler und nationalistischer Selbstbestimmungsbestrebungen, die nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Herrschaftsbereiches eine Renaissance erlebten. Der Zerfall des sowjetischen Großimperiums und der Miniimperien Jugoslawien und Tschechoslowakei gehörte zu den folgenreichsten Erscheinungen in diesem Zusammenhang. Identitätspolitik und Sprachpolitik präsentierten sich derweil in unterschiedlichen Skalen. Wenig verwunderlich wurde Sprachpolitik vor allem in jenen jungen, post-sozialistischen Demokratien ein essenzielles Thema, bei denen zu den politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozessen zusätzlich der Aufbau neuer Staatlichkeit und damit auch die – teils auch neue – Definition des *demos* notwendig wurden. Diese neuen Staaten waren konfrontiert mit der dreifachen Aufgabe von Staats-, Nations- und Identitätsbildung, wobei diese Prozesse nicht gleichförmig oder gar gleichzeitig vorstatten gingen.

Es kann hier nicht auf alle diese Fälle eingegangen, sondern nur einige Beispiele von heutigen EU-Mitgliedern illustriert werden, nämlich vor allem Estland und Lettland sowie die Slowakei. In allen drei Ländern kann man – vor allem bei der Betrachtung der Anfangsphase in den 1990er-Jahren – von einem *negative engineering* sprechen. Der estnische Politikwissenschaftler Vello Pettai benutzt diesen Begriff für die Politik seines Landes bei der Definition des Staatsvolkes; man kann ihn aber auch auf Lettland und die Slowakei anwenden. Kennzeichen dieser Politik war, dass sowohl die Festlegung *demos* als auch die damit verbundene

Identitätskonstruktion exklusiv betrieben wurden und *ex negativo*, das heißt, es ging nicht darum, einen integrierenden Staat zu schaffen, sondern darum, die eigene, lange unterdrückte Identität zur vollen Geltung kommen zu lassen. Daher wurde die Nation in den beiden baltischen Staaten über die Sprache rekonstruiert. Das hatte nicht nur Auswirkungen auf die politischen Teilhaberechte der Minderheiten, sondern auch auf die Möglichkeit, deren Integration zu fördern.

Exklusion durch Sprachgesetze

Im Laufe der 1990er-Jahre wurde wiederholt von den Regierungen beider Länder versucht, ihre Dominanz zu behaupten, indem über Sprachgesetze eine Politik der Exklusion betrieben wurde. So schrieb das lettische Sprachgesetz bestimmte Lettischkenntnisse für verschiedene Tätigkeiten vor; Sprachinspektoren überwachten dies durch unangemeldete Besuche, etwa bei Firmen, und verhängten entsprechende Strafen. Ähnlich auch in Estland. Noch 2002 lehnte Lettland es ab, das Rahmenabkommen des Europarates zum Schutz von Minderheiten zu zeichnen. Im Kontext des Osterweiterungsprozesses besaß die EU den Hebel, Estland und Lettland zur Rücknahme der restriktiven Regelungen zu bewegen.

Ähnliches gilt für die Slowakei, wo nach der Trennung der autoritär regierende Ministerpräsident Vladimír Mečiar eine Identitätsbildung *ex negativo* verfolgte, indem er die slowakische Nation gegen die ungarische Minderheit abgrenzte. Über ein Sprachgesetz wurde Slowakisch zur einzigen offiziellen Amtssprache erhoben; die Befolgung wurde ebenfalls durch Sprachinspektoren überwacht und die Nichtbeachtung mit Geldbußen belegt. Die Beseitigung dieser Diskriminierung der ungarischen Sprachrechte war ein Aspekt, den die EU zur Bedingung für die Zulassung als Beitrittskandidat machte, nachdem sie die Slowa-

kei 1997 aus politischen Gründen abgelehnt hatte.

Nicht nur die EU, auch der Europarat und die OSZE spielten eine gewichtige Rolle, wenn es um die Beratung bei dem Entwurf von Regelungen des Minderheitenschutzes ging oder um Abmahnungen und konkrete Empfehlungen, etwa bei der Gestaltung von Sprachgesetzen. Letztlich aber waren auch diese europäischen Organisationen – um es nochmals zu unterstreichen – überrascht worden von diesen nach 1989 auftretenden Konfliktlagen.

Das Instrumentarium, darauf zu reagieren, bildete sich erst im Laufe der 1990er-Jahre überwiegend reaktiv heraus. Die EU etwa thematisierte Minderheitenschutz explizit in dem Stabilitätsakt von 1993 und entwickelte dort Standards, die dann auch als Beitrittsbedingungen übernommen wurden. Der Europarat hatte zwar seit Ende der 1980er-Jahre an einer Charta der Regional- und Minderheitensprachen gearbeitet, aber in Kraft trat diese erst 1998. Im gleichen Jahr schuf die OSZE die Funktion des Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten. Zu diesem Zeitpunkt allerdings waren zentrale Eckpunkte der Minderheitenpolitik in den betrachteten Ländern bereits zementiert. Zwar konnten durch den Hebel des EU-Beitritts stark diskriminierende Regelungen entschärft werden, aber die Grundlinien dieser Exklusionspolitik waren gezeichnet.

Zudem gibt es innerhalb der Sprachpolitik auch ein förderndes Instrumentarium. So enthält die Charta der Regional- und Minderheitensprachen Aspekte wie das „entschlossene Vorgehen zur Förderung von regional- und Minderheitensprachen“, „die Erleichterung des Gebrauchs [...] im öffentlichen Leben und im privaten Bereich“ oder auch die Förderung geeigneter Formen des grenzüberschreitenden Austauschs. Dies ist nur zögerlich genutzt worden. Und

schließlich ist hierbei zu beachten, dass selbst wenn nationale Gesetzgebung – etwa auf externen Druck – geändert wird, die konkrete Umsetzung auf einem anderen Blatt stehen kann. Das heißt: Inwieweit werden tatsächlich administrative und finanzielle Kapazitäten (etwa in Form von Lehrern, Lehrmaterial et cetera) zur Verfügung gestellt?

Rückschritt trotz EU-Beitritt

Die Renaissance und Intensität nationaler Identitätskonstruktionen mögen zwar unerwartet gewesen sein, im Kontext des Umbruchs von 1989 zugleich aber verständlich. Über zwanzig Jahre danach lässt sich fragen, ob sich denn dieser vor allem in der Anfangsphase verständliche Impetus der nationalen Revindikation und damit auch die gegen Minderheitenrechte verstoßenden Ausschläge abgebaut haben. Dies ist – wiederum überraschend – nicht durchgängig der Fall. Ein Negativbeispiel bietet hier die Slowakei. Nachdem unter der demokratischen Regierung Mikuláš Dzurinda (1999 bis 2006) nicht nur die diskriminierenden Regeln abgeschafft, sondern auch die slowakisch-ungarische Verständigung vorangetrieben worden war – unter anderem durch die Beteiligung der ungarischen Partei an der Regierung –, vollzogen der links-populistische Nachfolger Robert Fico und die Regierungskoalition mit Rechtsnationalisten einen dramatischen Rückschritt. Das Sprachgesetz von 2009 sah Strafen bis zu 5000 Euro vor, wenn ungarischstämmige Slowaken ihre Muttersprache zu oft und Slowakisch zu wenig und fehlerhaft sprechen. Das Gesetz schrieb in allen öffentlichen Einrichtungen den Gebrauch der slowakischen Sprache vor, was zu der paradoxen Situation geführt hätte, dass sich Arzt und Patient – auch wenn beide Ungarn sind – auf Slowakisch hätten unterhalten müssen.

Dieses Gesetz rief nicht nur nationale Proteste hervor, auch EU und OSZE

reagierten. Der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten, Knut Vollebæk, besuchte die Slowakei und sprach entsprechende Empfehlungen aus. Tatsächlich wurde das Gesetz dann modifiziert. Die anti-ungarische Aufladung, die durch die rechtsnationalistischen Regierungsparteien angetrieben wurde, blieb nicht auf den nationalen Radius beschränkt; die bilateralen Beziehungen zwischen der Slowakei und Ungarn verschlechterten sich bis zu Vorfällen wie dem Einreiseverbot für den ungarischen Präsidenten oder den Hooligan-Krawallen nach einem Fußballspiel. Zwar wurde die Regierung Fico 2010 abgelöst und durch eine Koalition ersetzt, an der auch wieder eine ungarische Partei beteiligt ist. Nun aber findet sich jedoch auf ungarischer Seite ein Ministerpräsident, der Provokationen in Richtung Slowakei nicht scheut (etwa mit dem Doppelstaatsbürgerschaftsgesetz, das sich an die ungarische Minderheit in der Slowakei richtet).

Die Bilanz? An den wenigen aufgegriffenen Beispielen wurde deutlich, dass in etlichen Ländern nach dem Regime-Ende die Chance verpasst wurde (teils auch bewusst nicht ergriffen wurde), die Staatsbildung mit einer integrierenden Identitätsbildung zu koppeln. Die Wiederbelebung der eigenen, lange unterdrückten Identität schien – so der trügerische Schluss – über den Weg der Dominanz am erfolgreichsten. Die Sprache stellte dazu das nahe liegende und effektivste Vehikel dar. Dies trifft im Übrigen auf zahlreiche Fälle außerhalb der EU zu. In vielen der ehemaligen Sowjetrepubliken herrschen weiterhin Bedeutungskämpfe vor, die über die Sprache beziehungsweise die Sprachenpolitik ausgetragen werden. In den Staaten des West-Balkans wird zudem versucht, durch Normierung und Standardisierung die Eigenheit der Sprachen zu betonen und gegenüber den

anderen slawischen Sprachen abzugrenzen (siehe etwa die Versuche Serbiens, eine Einheitssprache zu standardisieren oder ein ähnliches Gesetz Bosnien-Herzegowinas von 1996; Debatten drehten sich auch um Rechtschreibreformen und Sprachplanungen). Und im Kreis der EU-Beitrittskandidaten befindet sich mit der Türkei ein weiteres Land, das eine Sprachpolitik der Dominanz gegenüber der kurdischen Minderheit umsetzt.

Chancen durch neue Kommunikationsformen?

Die Identitätskonflikte sind inkorporiert in der EU. Der Hebel, der während des Beitrittsprozesses noch existierte, ist nahezu wirkungslos. Dennoch: EU, OSZE und Europarat bleiben wachsam und greifen auch ein wie im Falle der Slowakei. Bei manchen Politikern ist *naming and shaming* erfolgreich; bei anderen liegt allerdings die Schamsschwelle hoch.

Bleibt ein Aspekt, der sich künftig zu untersuchen lohnt: Welche Wirkung können soziale Netzwerke – die sogenannten *social media* – auf diese Minderheitensituation und die Sprachproblematik entfalten? Kann dies zur stärkeren Mobilisierung der Minderheiten führen, eventuell auch mehr Druck auf Regierungen ausüben? Liegt hier eine Chance für alternative Formen von Teilhabe oder eine Bestärkung der je eigenen Sprachkreise, in denen man verhaftet ist? Von Estland – einem in Bezug auf *e-democracy* sehr fortschrittlichen Land – wird berichtet, dass inzwischen die jüngere Generation der Esten und Russen untereinander auf Englisch kommuniziert, insbesondere auch in den *social media*. Hier eröffnen sich neue Aspekte für die Sprachpolitik, denn wesentliche Merkmale der *social media* – ihre Dezentralität und Verantwortungsbefreiheit – sind schwer zu handhaben, wenn es um die gesellschaftliche Kontrolle durch Sprache geht.